

Familienpsychologische Gutachten

Salzgeber

7., vollständig überarbeitete Auflage 2020
ISBN 978-3-406-73986-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Salzgeber
Familienpsychologische Gutachten



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Familienpsychologische Gutachten

Rechtliche Vorgaben und
sachverständiges Vorgehen

von

Dr. Dr. (Univ. Prag) Joseph Salzgeber

Dipl.-Psych.

Öffentlich bestellter und beeidigter Sachverständiger
für Forensische Psychologie

Fachpsychologe für Rechtspsychologie, BDP/DGP

Registered EuroPsy Psychologist

Supervisor, BDP

Mediator (BAFM)

7., vollständig überarbeitete Auflage 2020



Zitiervorschlag

Salzgeber Fampsych. Gutachten Rn. ...

Hinweis

Die im Text zitierten **Gesetzestexte** finden Sie in ihrer jeweils **aktuellen Fassung** in der dtv-Textausgabe Nr. 5577 (Familienrecht), die in jeder Buchhandlung erhältlich ist.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 73986 6

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

CO₂
neutral


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Für Elke, Zion, Daniel, Philipp und Johanna


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 7. Auflage

1989 wurde das Buch Familienpsychologische Gutachten zum ersten Mal von einem kleinen Verlag und ebensolcher Auflage herausgebracht. Dann übernahm auf Empfehlung eines Familienrichters zur Freude des Autors der Beck Verlag die Rechte und schon 1992 wurde die überarbeitete Version mit Ergänzungen und mehr Praxisbezug veröffentlicht.

Nach Erscheinen der dritten Auflage beim Beck Verlag im Jahr 2001, erfolgte aufgrund fortlaufenden Veränderungen und Neuerungen des Familienrechts, aber auch der Erkenntnisse der Fachwissenschaften, alle vier bis fünf Jahre eine regelmäßige Aktualisierung und Ergänzung, sodass 2015 die sechste Auflage erscheinen konnte. Bei der nun vorliegenden siebten Auflage ergaben sich ua wesentliche Überarbeitungen bei der Frage des Wechselmodells, der neuen Elternschaften, der Erfassung und Beurteilungen der Kooperation der Eltern, aber auch des fachlichen Standards der Begutachtung, des Datenschutzes und bezüglich der Gefährdungsbestimmung, nach den aktuellen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Es ist immer wieder erstaunlich, wie schnell sich Veränderungen im Hinblick auf Familie, Erwartungen an die Familie, auch nach Trennung und Scheidung und bei Kindeswohlgefährdungen ergeben und auf das Familienrecht rückwirken. Noch vor nicht allzu langer Zeit war der Konflikt um die gemeinsame Sorge das hauptsächliche Tätigkeitsfeld des Sachverständigen, nun stehen Betreuungsregelungen, Wechselmodell und familiäre Konflikte, die das Kind nachhaltig berühren, im Mittelpunkt seiner Tätigkeit.

Der Autor durfte über 30 Jahre die Entwicklung des Familienrechts und die damit eng zusammenhängende Begutachtung beobachten. Die Fülle von Information nahm in diesem Zeitraum erheblich zu. In den letzten Jahren stieg die Inanspruchnahme der Sachverständigen seitens der Gerichte, kaum ein Sachverständiger klagt nicht über erhebliche Belastungen.

Zeitgleich wurden die Anforderungen an die Qualität der Gutachten erhöht, was das interdisziplinäre Zusammenwirken mit anderen Fachpersonen, wie Aussagepsychologen, Psychiatern, Kinder- und Jugendpsychiatern und in Zukunft auch Prognosegutachtern notwendig macht.

Mittlerweile sollte ein Sachverständiger zahlreiche Fachzeitschriften, sowohl auf seinem Fachgebiet, als auch das Familienrecht betreffend, die meist noch 14 tätig erscheinen, zur Kenntnis nehmen. Diese Fülle macht die Aktualisierung des persönlichen Wissens, neben der sachverständigen Tätigkeit, fast unmöglich.

Heute sind nicht mehr so viele erfahrene Fachkollegen bereit, ihr forensisches Fach- und Erfahrungswissen zu publizieren, als dies früher der Fall war. Es darf hier an einige Sachverständige erinnert werden, auf denen die aktuelle familienrechtspsychologische Begutachtung beruht und die den Autor inhaltlich begleiteten: Arntzen, Dettenborn, Berk, Frau Braun-Behrens, Ell, Fisseni, Grossmann, Hartman, Lempp, Tausch, Thomae, Wegener, Westhoff/Kluck aber auch die Juristen Klußmannn, Simitis, Frau Zenz. Die noch publizistisch aktiven Kollegen ua Balloff, Jopt, Offe, Rohmann, Hommers ziehen sich schon als Altersgründen immer mehr zurück.

Leider sind die jüngeren Kollegen und Kolleginnen zu sehr mit der Erstellung von Gutachten befasst, so dass sie mit wenigen Ausnahmen ihre Erfahrung und Ideen kaum mehr publizieren. Nicht zuletzt besteht kein Publikationsorgan mehr, in dem sie ohne die hohen Anforderungen, die an einen wissenschaftlichen Artikel bestellt werden, forensisches Fach- und Erfahrungswissen veröffentlichen können.

Es bleibt zu hoffen, dass von der Psychologischen Hochschule in Berlin, unter der Leitung von Frau Prof. Volbert, und was wünschenswert wäre, auch von anderen Hochschulen, wieder mehr familienrechtspsychologisches Fachwissen generiert wird.

Auch auf Seiten der Richter, werden Personen vermisst, die neben ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit neue Ideen entwickeln und diese interdisziplinär diskutieren und erproben, wie es schon in den 80er Jahre mit dem Stuttgarter- oder Bielefelder oder später das Cochemer Modell der Fall war.

Die Forschung, die den familienrechtspsychologische Sachverständigen Anwendungswissen vermittelt, beschränkt sich im deutschen Raum im Wesentlichen auf die Veröffentlichung des DJI, während früher noch auf die Ergebnisse ua von Schmidt-Denter, Beelmann, Schneewind, Engfer, Remschmidt, Lehmkuhl zurückgegriffen werden konnte.

Der Autor hat den Eindruck, dass aktuell die Diskussion um Gutachtenstandards auf Kosten der inhaltlichen Bemühungen geführt wird, was eine Aufblähung der schriftlichen Gutachten bedingt hat und das Hinwirken auf Einvernehmen, sowohl inhaltlich, als auch vor allem in der praktischen Anwendung, vernachlässigt wird.

Erfreulicherweise haben die Mindeststandards, erschienen 2019 in überarbeiteter und ergänzter Form, auch in der Rechtsprechung Anerkennung gefunden.

Aufgrund des Anwachsens des Schrifttums sowohl im familienrechtlichen als auch im familienrechtsforensischen Bereich, vor allem der englischsprachigen Publikationen, fiel es dem Autor nicht leicht,

neben seiner Berufstätigkeit die aktuelle Neuauflage auf den Weg zu bringen. Eine nächste Auflage, sollte sie erwünscht werden, wird nicht mehr vom Autor allein zu bewerkstelligen sein.

Auch dieses Mal ist sich der Autor schmerzlich bewusst, dass noch viele interessante Beiträge von Fachkollegen Eingang in das Buch hätten finden sollen. Zahlreiche Artikel wurden gelesen, aber nicht in allen Aspekten berücksichtigt. Seitens des Verlages wurde wieder streng darauf geachtet, dass sich der Umfang nicht noch weiter erhöht. Daher werden einige Begutachtungsfelder in dieser Auflage nicht mehr oder nur noch verkürzt ausgeführt (→ Rn. 30). Im seltenen Begutachtungsfall wird auf die vorhergehenden Auflagen verwiesen.

Um die Lesbarkeit und Orientierung für den Leser hoffentlich zu erleichtern und Wiederholung möglichst zu vermeiden, wurden vermehrt Querverweise und Gliederungspunkte eingefügt.

Der Autor ist überzeugt, dass nur in einem Netzwerk und im Zusammenwirken vieler fachkompetenter Personen einigermaßen genügend Fachwissen generiert wird, um den vielfältigen Anforderungen der Familien in Trennung und bei Kindeswohlgefährdungen gerecht werden zu können. Ohne die Anregungen, Darstellung von Praxisproblemen, Verbesserungen, Einfügungen, Ergänzungen, Beratungen und Hilfestellungen vieler erfahrener Sachverständiger im Verbund der GWG und Juristen, hätte dieses Buch nicht entstehen können.

Es sei daher an dieser Stelle all den Juristen, die schon in den Voraufgaben mitwirkten und den juristischen Teil zurechtrückten, gedankt: Herrn Prof. Siegfried Willutzki und Herrn Dr. Martin Menne, Richter am Kammergericht Berlin. Ein besonderer Dank gebührt Frau Prof. Dr. Isabell Götz, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht München und Vorsitzende des Deutschen Familiengerichtstages, die für viele juristische Fragen ein offenes und geduldiges Ohr hatte.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich bei meinen langjährigen geschätzten Kolleginnen und Kollegen, die für diese Auflage inhaltliche Anregungen gaben, Texte durchsahen, Ergänzungen und Rückmeldung gaben: Eva Althammer, Elke Bretz, Dr. Katharina Bublath, Friederike Burges, Elena Ebner, Dr. Sibylle Enz, Inci Genc, Dr. Diana Gossmann, Sarah Großmann, Dr. Nicola Hahn, Stefanie Hollnaischer, Dr. Anne Huber, Matthias Kupfer, Beate Labs, Laura Miron, Dr. Muna Nabhan, Prof. Dr. Michäla Pfundmair, Dr. Ildi Sarosi, Thomas Schücke, Sabine Maria Schmidt, Dr. Caroline Spielhagen, Dr. Stella Stehle, Lutz Wallisch, Dr. Michael Wiedemann, Frank Wittenhagen, Dr. Carsten Zoll, ebenso den Ärzten der Psychiatrie Dr. Christian Vogel, Dr. Ursula Münch und Arzt für Kinder und Jugendpsychiatrie Dr. Michael Kroll.

Frau Sofia Warnik-Peltz und Herrn Dr. Josef Rohmann wird gedankt für ihre Bereitschaft ausgesprochen kollegial inhaltlich zu diskutieren, Anregungen zu geben und immer wieder auf Fachliteratur hinzuweisen oder sogar zur Verfügung zu stellen.

Ganz besonderen Dank an meine Frau Elke, die für mindestens ein halbes Jahr mein autistisches Verhalten ertragen hat.

Weiter sei einer Reihe von studentischen Hilfskräften und Praktikanten (besonders Frau Belgin Pir und Nikolai Roskinski) gedankt, die sich die Mühe machten, Korrekturen einzuarbeiten. Vor allem gilt der Dank den Bürokräften der GWG, die viel Geduld mit den Launen des Autors aufbrachten.

Hinweis:

Im Literaturverzeichnis wurden nur Bücher aufgenommen, Zeitschriftenartikel werden in den Fußnoten erwähnt. Die Zeitschriften werden, um Platz zu sparen, nur in abgekürzter Form genannt, Hinweise können dem Abkürzungsverzeichnis entnommen werden.

München, Mai 2020

Dr. Dr. (Univ. Prag) Joseph Salzgeber

Inhaltsübersicht

Widmung	V
Vorwort zur 7. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Literatur	XLI
Abkürzungen	LVII

A. Einleitung

B. Aspekte des familiengerichtlichen Verfahrens

I. Familiengericht	9
II. Familienrecht	11
III. Das familiengerichtliche Verfahren	17

C. Rechtliche Aspekte bei der Beauftragung eines familienrechtspsychologischen Sachverständigen

I. Beauftragung	31
II. Beim Vorgehen des Sachverständigen	52
III. Nach Abschluss der Begutachtung	105

D. Die am familiengerichtlichen Verfahren beteiligten Personen

I. Sachverständiger und Personen, die von der Begutachtung betroffen sind	139
II. Sachverständiger und andere Fachpersonen	160
III. Sachverständiger und nicht beteiligte Personen	182

E. Fragen zum Sorgerecht bei Trennung und Scheidung

I. Fragestellungen an den Sachverständigen zur elterlichen Sorge bei Trennung und Scheidung	189
II. Das „Kleine Sorgerecht“ für Stiefeltern	217
III. Abänderung einer ergangenen Sorgerechtsentscheidung	218
IV. Regelung der elterlichen Sorge bei nicht verheirateten Eltern	222
V. Um- und Wegzug mit dem Kind	229
VI. Namensänderung des Kindes	240

F. Fragen zu Betreuungsregelung/Umgang des Kindes mit den Eltern bei Trennung und Scheidung

I. Umgangsregelung: Hinweise aus dem Recht	248
II. Abänderung einer Umgangsregelung	280
III. Hinweise aus der Psychologie/Scheidungsforschung für Betreuungs-/Umgangsregelungen	282
IV. Betreuungsmodelle und Wechselmodell	332
V. Umgang des leiblichen, aber nicht rechtlichen Vaters	354
VI. Umgang mit einem Elternteil, der sich in Haft befindet	359
VII. Auskunftsanspruch	363

G. Fragen zum Umgang des Kindes mit Bezugspersonen

I. Umgang des Kindes mit Großeltern und Geschwistern	367
II. Umgang des Kindes mit engen Bezugspersonen	371
III. Hinweise für den Sachverständigen	374
IV. Umgang mit Haustieren	376

H. Fragen zu Kindeswohlgefährdung

I. Entzug der elterlichen Sorge	379
II. Fragen zu elterlicher Sorge beim fremduntergebrachten Kind	430
III. Umgang des fremduntergebrachten Kindes mit den Eltern	449
IV. Fragen zu Missbrauchserfahrungen	458
V. Freiheitsentziehende Unterbringung eines Minderjährigen	467

I. Eltern unterschiedlicher Nationalität

I. Aufenthaltsfragen	471
----------------------------	-----

Inhaltsübersicht

II. Ausländerrecht und Familienrecht	474
III. Rückführung eines Kindes nach dem Haager Übereinkommen	475
IV. Hinweise für den Sachverständigen	477
J. Aspekte des Kindeswohls	
I. Handlungsleitende Kriterien	493
II. Aspekte auf Seiten der Eltern	497
III. Erkrankung bzw. Behinderung der Eltern	540
IV. Aspekte auf Seiten des Kindes	585
V. Störungen im Kindes- und Jugendalter und Erziehungsbedarf	596
VI. Aspekte der Elterntrennung	623
VII. Aspekte der Elternbeziehung	634
VIII. Aspekte der Familienbeziehung	647
K. Sachverständiges Handeln	
I. Methoden	691
II. Hinweise für den Ablauf einer Begutachtung	705
III. Hinwirken auf Einvernehmen	741
L. Schriftliche Ausführungen	
I. Schriftliches Gutachten	759
II. Alternative schriftliche Ausführungen	773
M. Teilnahme am Gerichtstermin	
I. Verfahrensvorschriften für das mündliche Gutachten	777
II. Verpflichtungen des Sachverständigen	780
III. Beeidigung des Sachverständigen	782
IV. Hinweise für den Sachverständigen	783
N. Qualitätssicherung	
I. Gutachtenrichtlinien	791
II. Qualifizierung	792
III. Zukunft	799
Sachregister	801

Inhaltsverzeichnis

Widmung	V
Vorwort zur 7. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Literatur	XLI
Abkürzungen	LVII

A. Einleitung

B. Aspekte des familiengerichtlichen Verfahrens

I. Familiengericht	9
1. Familiengerichtliche Zuständigkeit	9
2. Begrifflichkeiten	9
3. Örtliche Zuständigkeit	10
4. Instanzenweg	10
a) Oberlandesgericht	10
b) Bundesgerichtshof	10
c) Bundesverfassungsgericht	10
II. Familienrecht	11
1. Elternschaft	11
2. Voraussetzungen für die Scheidung	11
a) Zerrüttung	11
b) Trennungszeit	11
3. Sorge- und Umgangsrecht	12
a) Autonomie der Eltern	12
b) Gesetzliche Sorgerechtskriterien	12
c) Kindeswohl	13
d) Grundfunktionen des Kindeswohlbegriffes	14
e) Kindeswohl: richtig oder falsch	14
f) Kindeswohlsschwellen	15
g) Gemeinsamer Elternvorschlag	15
h) Verfahrensbeteiligung des Kindes	16
i) Kindeswille eines über 14 Jahre alten Kindes	16
j) Beschwerderecht des Kindes	16
k) Recht auf Inanspruchnahme des Jugendamtes	17
4. Unterhalt	17
a) Betreuungs- und Kindesunterhalt	17
b) Höhe des Kindesunterhalts	17
III. Das familiengerichtliche Verfahren	17
1. Eröffnung eines Verfahrens	17
a) Antrag	17
b) Verfahrensbeteiligte	17
c) Rückmeldung des Beraters	18
2. Nichtöffentlichkeit	18
3. Vorrang- und Beschleunigungsgebot	18
a) Terminierung	18
b) Schriftsätze	19
4. Hinwirken auf Einvernehmen	19
a) Einigung möglich	19
b) Einigung bei Umgangsregelung schwierig	19
5. Amtsermittlungsgrundsatz	20
a) Offizialmaxime	20
b) Beweismittel	20
6. Gerichtliche Anhörung der Betroffenen	21
a) Anhörung der Eltern	22

b) Anhörung des Kindes	22
c) Unterlassung einer Kindesanhörung	23
d) Anhörung weiterer Personen	23
7. Gerichtliche Ordnungsmittel	23
a) Rechtliche Vorgaben	23
b) Ordnungsgeld	24
c) Zwangsgeld	24
d) Ordnungshaft	25
e) Einschränkungen und Entzug der elterlichen Sorge	25
f) Anwendung von Gewalt (Unmittelbarer Zwang)	25
g) Anwendung von Gewalt bei Fragen des Umgangs	25
h) Anwendung von Zwang bei Sorgerechtsfragen	25
i) Strafverfahren	26
j) Verfahrenskosten	27
k) Auswirkungen auf Unterhaltsverpflichtungen	27
l) Ersatzansprüche bei Verletzungen des Umgangsrechts	28
8. Eilverfahren, einstweilige Anordnung	28
a) Sorge- und Umgangsverfahren	28
b) Kindeswohlgefährdung	29
c) Hinweise für den Sachverständigen	29

C. Rechtliche Aspekte bei der Beauftragung eines familienrechtspsychologischen Sachverständigen

I. Beauftragung	31
1. Gerichtlicher Beweisbeschluss und Formulierung der Beweisfrage	31
a) Inhalt des Beschlusses	31
b) Konkretisierung der Beweisfrage	32
c) Fehlerquellen im Beweisbeschluss	34
d) Beschwerde gegen den Beweisbeschluss	35
e) Gültigkeitsdauer des Beweisbeschlusses	35
f) Abgabe an ein anderes Gericht	35
2. Beauftragung des Sachverständigen	35
a) Rechtliche Vorgaben	35
b) Beschwerde gegen die Beauftragung eines Sachverständigen	36
c) Elternteil lehnt den Sachverständigen ab	36
d) Hinweise für den Sachverständigen	37
e) Beauftragung zu weiteren Schriftsätzen	37
f) Ladung zur mündlichen Verhandlung	37
3. Qualifikation des Sachverständigen	37
a) Ausbildung	38
b) Qualifikationsanforderung	38
c) Approbationsvorbehalt	40
d) Akzeptanz des Rechtsrahmens	40
e) Ethische Anforderung	41
f) Persönliche Integrität	41
g) Unabhängigkeit	41
4. Der „Gerichtliche Sachverständige“ als Berufsbezeichnung	41
a) Definition	41
b) Kein geschützter Begriff	41
c) Fachwissen	42
d) Unzulässige Bezeichnung	42
5. Auswahl des Sachverständigen	42
a) Rechtliche Vorgaben	42
b) Fachkompetenz	43
c) Praxis der Auswahl	44
d) Psychologe oder Mediziner	44
e) Therapeut oder Mediator	45
6. Sachverständiger versus sachverständiger Zeuge	46
a) Definition	46

b) Ladung	46
c) Bewertende Aussagen und deren Folgen	46
d) Anderes gerichtliches Verfahren	47
7. Begutachtungspflicht	47
a) Ablehnung der Begutachtung	48
b) Beamtenrechtliche Vorschriften	48
c) Folgen bei ungerechtfertigter Ablehnung	48
d) Keine Verpflichtung zur Abgabe einer Empfehlung	48
8. Entpflichtung/Entbindung von der Begutachtung	48
a) Gründe für Entbindung	48
b) Folgen im Hinblick auf die Entschädigung	49
c) Beschwerde	49
9. Anleitungspflicht und Kontrollfunktion der Familienrichterin	49
a) Rechtliche Vorgaben	49
b) Inanspruchnahme der Anleitungspflicht	50
c) Folgen bei Nichtbeachtung richterlicher Anweisungen	52
II. Beim Vorgehen des Sachverständigen	52
1. Prüfungspflichten nach Auftragseingang	52
a) Rechtliche Vorgaben	52
b) Überprüfungspflicht Fachgebiet	52
c) Überprüfung der Fragestellung	53
d) Ausweitung oder Veränderung des Beweisbeschlusses	53
e) Überprüfung der Kosten	54
f) Weitere Überprüfungspflichten	54
2. Umgang mit den Akten und Schriftsätzen	54
a) Akteneingang	54
b) Informationen aus den Akten	54
c) Dokumente nach Akteneingang	55
d) Rückleitung der Akten	56
e) Eingang von Schriftsätzen nach Abschluss des Gutachtens	57
f) Unterlagen des Sachverständigen	57
g) Weiterleitung der Akten an Dritte	57
h) Datenschutz	58
i) Beschlussübersendung	58
3. Verpflichtung zur persönlichen Erstattung des Gutachtens	58
a) Rechtliche Vorgaben	58
b) Beigezogene Sachverständige	59
c) Hilfskräfte	60
d) Vertrauensperson	61
e) Hospitation	61
f) Hinweise für den Sachverständigen	61
4. Die Verpflichtung, das Gutachten innerhalb der gesetzten Frist zu erstellen	62
a) Rechtliche Vorgaben	62
b) Überprüfung der zeitlichen Verfügbarkeit	62
c) Beschleunigtes Vorgehen	63
d) Fristüberschreitung	63
5. Die Verpflichtung, nach bestem Wissen zu handeln	64
a) Rechtliche Vorgaben	64
b) Hinweise für den Sachverständigen	65
c) „Nach bestem Wissen“ und Validität	66
6. Die Verpflichtung, nach bestem Gewissen zu handeln	66
a) Rechtliche Vorgaben	66
b) Gewissensprüfung	66
c) Gewissensfragen	66
d) Verletzung	67
e) Pflege des Gewissens	67
7. Die Verpflichtung, ökonomisch zu handeln	68
a) Anforderung	68
b) Notwendiger Aufwand	68

c) Kostenrahmen	68
8. Mitteilungspflicht gegenüber dem Gericht	69
a) Umfang	69
b) Zufällig erhaltene Informationen	70
9. Verschwiegenheitspflicht	71
a) Rechtliche Vorgaben	71
b) Geheimnis	71
c) Verletzung der Schweigepflicht	71
d) Keine Verletzung	72
e) Einwilligung notwendig	72
f) Keine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht bei Weitergabe an Personal	73
g) Supervision	73
h) Grenzfälle	73
i) Keine Verschwiegenheitspflicht	74
j) Weitergabe von Informationen	75
k) Verletzungsfolgen	76
10. Datenschutz	77
a) Rechtliche Vorgaben	77
b) Schutzmaßnahmen	78
c) Löschung	79
d) E-Mail-Kommunikation	79
e) Online-Termine	80
f) Digitaler Austausch mit dem Gericht	80
g) Entschädigungsantrag	80
h) Meldepflicht	80
11. Offenbarungspflicht	80
a) Rechtliche Vorgaben	81
b) Keine Offenbarungspflicht	81
12. Verpflichtung zur Unparteilichkeit	82
a) Rechtliche Vorgaben	82
b) Umfang	82
c) Haltung	82
d) Inhalt	82
e) Verletzung der Unparteilichkeit	83
f) Keine Verletzung der Unparteilichkeit	85
g) Grenzfälle	85
h) Bewahrung der Unabhängigkeit	85
13. Ermittlungstätigkeit	85
a) Rechtliche Vorgaben	85
b) Anknüpfungstatsachen	86
c) Befundstatsachen	86
d) Zusatzstatsachen	87
e) Befragung von Dritten	87
f) Internetrecherchen	88
g) Relevante Informationen durch eine von der Begutachtung betroffene Person, die einen Anfangsverdacht begründen	88
h) Hinweise für den Sachverständigen	89
14. Transparenz bei der Begutachtung	89
a) Rechtliche Vorgabe	89
b) Umfang und Reichweite	89
c) Keine Verletzung der Transparenz	91
d) Grenzfälle	92
e) Verletzung der Transparenz	93
15. Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht	94
a) Während der Begutachtung	94
b) Aufbewahrung nach Abschluss der Begutachtung	94
16. Selbstablehnung	95
a) Vor Beginn der Begutachtung	95
b) Während der Begutachtung	95

17. Ablehnung des Sachverständigen	96
a) Überprüfungspflicht des Sachverständigen	96
b) Rechtliche Vorgaben	96
c) Hinweise aus der Rechtsprechung	99
d) Hinweise für den Sachverständigen	103
e) RichterIn soll abgelehnt werden	105
III. Nach Abschluss der Begutachtung	105
1. Würdigung des Gutachtens	105
a) Rechtliche Vorgaben	105
b) Abweichung vom Gutachten	107
2. Weiteres Gutachten	108
a) Rechtliche Vorgaben	109
b) Gründe für ein weiteres Gutachten	109
c) Abwägung beider Gutachten	109
3. Privat erstellte Gutachten/Expertisen	109
a) Privat- und Parteigutachten	109
b) Rechtliche Vorgaben	110
c) Private psychologische Stellungnahme zum Gutachten	111
d) Behördengutachten	112
4. Obergutachten	112
5. Urheberrecht	113
a) Weiterverwertung des Gutachtens in andern Gerichtsverfahren	113
b) Kopien und Weitergabe des Gutachtens durch die Beteiligten	113
c) Veröffentlichung im Internet	113
d) Geschützt durch das Urheberrecht	113
6. Haftung und strafrechtliche Verantwortung	113
a) Rechtliche Vorgaben	113
b) Hinweise für den Sachverständigen	115
7. Gutachtenkosten	116
a) Rechtliche Vorgaben	116
b) Kosten	118
c) Beschwerde gegen Gutachtenkosten	118
8. Vergütung des Sachverständigen	119
a) Rechtliche Vorgaben	119
b) Vergütung bei zwei parallelen Verfahren	120
c) Gestaltung des Vergütungsantrags	120
d) Dreimonatsfrist	121
e) Anspruchsvoraussetzung	122
f) Stundensatz	124
g) Zeitaufwand	124
h) Sonstige Kosten, Auslagen	125
i) Umsatzsteuer beim Sachverständigen	128
j) Nicht vergütungsfähige Positionen	128
k) Abwicklung des Vergütungsantrags	129
l) Gerichtliche Festsetzung	129
m) Gründe zur Verweigerung bzw. Kürzung der Vergütung	131
n) Hinweise aus der Rechtsprechung, welche Gründe eine Kürzung oder Versagung der Vergütung rechtfertigen können	133
o) Gründe, die eine Kürzung oder Versagung nicht rechtfertigen können	134
9. Hinweise zum Schutz des Sachverständigen	134
a) Herabsetzung der Person des Sachverständigen	135
b) Internet	135
c) Beleidigung des Sachverständigen	136
d) Bedrohung des Sachverständigen	136
e) Schutzmaßnahmen	136

D. Die am familiengerichtlichen Verfahren beteiligten Personen

I. Sachverständiger und Personen, die von der Begutachtung betroffen sind	139
1. Stellung des Sachverständigen zu den Eltern	139
a) Arbeitsverhältnis Sachverständiger – Eltern	139
b) Kein Schaden	139
c) Beziehungsgefälle	139
d) Mitwirkung der Eltern	140
e) Freiwilligkeit	141
f) Aufklärungs- und Belehrungspflicht	142
g) Einwilligung	144
h) Folgen bei Widerruf der Zustimmung	146
i) Bedenken gegen Aktenlage	147
j) Keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme vieler Hilfsmaßnahmen möglich	148
k) Schwangerschaft	148
l) Weigerung, an der Begutachtung mitzuwirken	149
m) Folgen bei Weigerung, an der Begutachtung mitzuwirken	149
n) Weigerung, das Kind einzubeziehen	150
o) Möglichkeiten des Gerichts, bei Verweigerung der Beteiligten das Kind einbeziehen zu lassen	150
p) Verweigerung der Eltern, ein nicht vom Beschluss erfasstes Kind zu befragen	151
q) Möglichkeiten des Gerichts bei Verweigerung der Beteiligten, dritte Personen durch den Sachverständigen befragen zu lassen	152
r) Parteiöffentlichkeit	152
s) Haltung des Sachverständigen beim Hinwirken auf Einvernehmen	154
2. Stellung des Sachverständigen zum gesetzlichen Betreuer eines Elternteils	155
3. Stellung des Sachverständigen zum Kind	155
a) Rechtliche Ausgangslage	156
b) Das 14-jährige Kind	156
c) Aufklärungspflicht	156
d) Einwilligung	157
e) Freiwilligkeit	158
f) Anwesenheit der Sorgeberechtigten	158
g) Belastung durch Einbeziehung	159
h) Hinweise für den Sachverständigen	159
II. Sachverständiger und andere Fachpersonen	160
1. Stellung des Sachverständigen zum Anwalt	161
a) Anwaltszwang	161
b) Aufgabe des Anwalts	161
c) Kontrolle des Sachverständigen	161
d) Anträge wegen Besorgnis der Befangenheit	162
e) Hinweise für den Sachverständigen	162
2. Stellung des Sachverständigen zum Beistand	163
a) Rechtliche Vorgaben	163
b) Ausschluss eines Beistandes	164
c) Rolle des Beistandes	164
d) Hinweise für den Sachverständigen	164
3. Stellung des Sachverständigen zum Ergänzungspfleger bzw. Vormund	164
a) Rechtliche Vorgaben	164
b) Hinweise für den Sachverständigen	165
4. Stellung des Sachverständigen zum Verfahrensbeistand	166
a) Rechtliche Vorgaben	166
b) Rechte des Verfahrensbeistands	167
c) Aufgaben des Verfahrenspflegers	167
d) Abgrenzung zu anderen Fachpersonen	168
e) Hinweise für den Sachverständigen	168
5. Stellung des Sachverständigen zum Umgangspfleger	169
a) Rechtliche Vorgaben	169
b) Aufgaben des Umgangspflegers	170
c) Keine Aufgaben des Umgangspflegers	170

d) Hinweise für den Sachverständigen	171
6. Stellung des Sachverständigen zum Umgangsbegleiter	171
a) Rechtliche Vorgaben	171
b) Hinweise für den Sachverständigen	172
7. Stellung des Sachverständigen zur Vertreterin des Jugendamtes	173
a) Rechtliche Vorgaben	173
b) Beratung nach §§ 17 und 18 SGB VIII	174
c) Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren nach § 50 SGB VIII	174
d) Hinweise für den Sachverständigen	175
8. Stellung des Sachverständigen zum weiteren Sachverständigen	177
9. Stellung des Sachverständigen zum Dolmetscher	177
a) Beauftragung	177
b) Auswahl	178
c) Überlassung der Akten	178
d) Kostennote	178
e) Hinweise für den Sachverständigen	178
10. Stellung des Sachverständigen zu den Pflegeeltern	179
a) Rechtliche Vorgaben	179
b) Verhältnis Elternrecht – Recht der Pflegeeltern	180
c) Elterliche Sorge und Pflegeverhältnis	180
d) Hinweise für den Sachverständigen	181
III. Sachverständiger und nicht beteiligte Personen	182
1. Stellung des Sachverständigen zu Bezugspersonen	183
a) Befragung ist erlaubt	183
b) Hinweispflicht	183
2. Stellung des Sachverständigen zu Fachpersonen als Informanten	183
a) Zustimmung/Einwilligung	184
b) Schweigepflichtentbindungserklärung	184
c) Verweigerung der Auskunft von zu der Schweigepflicht verpflichteten Dritten	185
d) Atteste	186
e) Arzt-, Klinik- oder SPZ-Berichte ua	186
f) Widerruf der Schweigepflichtsentscheidung	186
g) Auskünfte der Polizei	186
h) Hinweise für den Sachverständigen	186

E. Fragen zum Sorgerecht bei Trennung und Scheidung

I. Fragestellungen an den Sachverständigen zur elterlichen Sorge bei Trennung und Scheidung	189
1. Vorüberlegungen	189
2. Es bleibt bei der gemeinsamen Sorge	190
a) Rechtliche Vorgaben	190
b) Gemeinsame Sorge nach Trennung	191
3. Einzelfallentscheidung gemäß § 1628 BGB	197
a) Nur bei Entscheidung von erheblicher Bedeutung	197
b) Hinweise aus der Rechtsprechung für Einzelfallentscheidungen	197
4. Vollmachtserteilung/Ermächtigung	198
a) Gegenseitig	199
b) Bei Sorgerechtsübertragung	199
5. Regelung der elterlichen Sorge oder von Teilbereichen	199
a) Antrag	200
b) Kindeswohlprüfung	202
c) Aufhebung der gesamten gemeinsamen Sorge und die Übertragung der alleinigen elterlichen Sorge auf einen Elternteil	202
d) Hinweise aus der Rechtsprechung	203
e) Teilübertragungen der elterlichen Sorge	205
f) Weitere sorgerechtliche Bereiche	206
g) Weitere Folgen	206
h) Unterhaltsverpflichtung	206

6. Ausgewählte Konflikte	207
a) Straffälligkeit und Haft eines Elternteils	207
b) Herausgabe des Passes, Unterlagen und persönliche Gegenstände des Kindes	208
c) Urlaub- und Ferienreisen	208
d) Wohnsitz des Kindes	209
e) Wohngeld	209
f) Betreuung eines schwerst-behinderten Kindes	209
g) Schulfeste	209
h) Auswahl der Schule	209
i) Impfung	210
j) Religionsfragen	210
k) Hochladen von Bildern oder Filmen vom Kind	210
l) Herausgabe des Kindes	210
m) Weitere Bereiche im Zusammenhang mit Erziehungskompetenz	210
7. Hinweise für den Sachverständigen	210
a) Sorgerecht und Betreuung	211
b) Einbeziehung des Kindes	211
c) Einigungsbereitschaft der Eltern	211
d) Erfassung der Kooperationsbereitschaft und Problemlösefähigkeit	212
e) Hinwirken auf Einvernehmen	212
f) Sachverständige Abwägung	213
g) Abwägung bezüglich Eingriff in das Sorgerecht	214
h) Beantwortung der gerichtlichen Frage	216
i) Vorschläge zur Intervention	217
II. Das „Kleine Sorgerecht“ für Stiefeltern	217
1. Rechtliche Vorgaben	217
a) Elternteil ist alleine sorgeberechtigt	217
b) Bei gemeinsamer Sorge	217
c) Recht des Kindes	218
2. Hinweise für den Sachverständigen	218
III. Abänderung einer ergangenen Sorgerechtsentscheidung	218
1. Rechtliche Vorgaben	218
a) Kindeswohlschwellen	218
b) Kriterien	219
c) Rechtsprechung	220
2. Rechtsfolgen nach Abänderung	220
3. Hinweise für den Sachverständigen	221
a) Erfassung der Gründe für die Abänderung einer Sorgerechtsregelung	221
b) Früherer hauptbetreuender Elternteil will das Kind wieder zu sich nehmen	221
c) Abänderung bei einem anstehenden Umzug	221
d) Wille des Kindes	221
e) Hinwirken auf Einvernehmen	222
f) Prognose und Beantwortung der Fragestellung	222
IV. Regelung der elterlichen Sorge bei nicht verheirateten Eltern	222
1. Rechtliche Vorgaben	223
a) Sorgeerklärung	223
b) Gemeinsame Sorge durch Beschluss des Gerichts	223
c) Alleinige Sorge des Vaters	224
d) Hinweise aus der Rechtsprechung	224
e) Abänderung der gerichtlichen Entscheidung	225
2. Gemeinsame elterliche Sorge bei minderjährigen Eltern	226
3. Hinweise für den Sachverständigen	226
a) Ausgangssituation	226
b) Vorgehen des Sachverständigen	226
c) Abklärung der Erziehungsfähigkeit	227
d) Abklärung des Konfliktniveaus	227
e) Hinwirken auf Einvernehmen	228
f) Beantwortung der gerichtlichen Frage	229

g) Alternative Möglichkeiten	229
V. Um- und Wegzug mit dem Kind	229
1. Rechtliche Vorgaben	229
a) Rechtliche Vorgaben bezüglich Sorgerecht	229
b) Bereits erfolgter Umzug des Kindes ohne Genehmigung des getrennt lebenden Elternteils	231
c) Umzug ohne Kind	231
d) Umzug des nicht betreuenden Elternteils	232
2. Recht auf Freizügigkeit	232
a) Überprüfung der Motive beim Wegziehenden	232
b) Motiv: Verhinderung des Umgangs	232
c) Überprüfung der Motive beim Zurückbleibenden	233
d) Motive des Kindes	233
3. Aspekte beim Umzug an weiter entfernte Wohnorte	233
a) Auswirkungen auf das Kind	233
b) Holen und Bringen	234
c) Weitere sorgerechtsrelevante Aspekte	235
4. Besonderheiten beim Umzug ins Ausland	235
a) Hausbesuch	235
b) Besuchsregelungen	235
c) Kulturelle Unterschiede	236
d) Beachtung unterschiedlicher Rechtsordnungen	236
e) Möglichkeiten für die Absicherung einer Vereinbarung	236
5. Hinweise für den Sachverständigen	237
a) Ausgangslage	237
b) Folgerungen aus den rechtlichen Rahmenbedingungen	237
c) Fragen, die das Vorgehen leiten können	237
VI. Namensänderung des Kindes	240
1. Rechtliche Vorgaben	240
a) Namensgebung	240
b) Namensänderung	240
c) Ersetzung der Einwilligung	240
d) Zustimmung	240
e) Rechtliche Bewertung	241
f) Kindeswohlschwelle	241
g) Beweislast	242
h) Doppelnamen	242
i) Rechtsprechung	242
2. Hinweise für den Sachverständigen	243
a) Ausgangslage	243
b) Diagnostik	244
c) Name und Identitätsentwicklung	245
d) Name und Alter des Kindes	245
e) Bewertungshilfe	245
F. Fragen zu Betreuungsregelung/Umgang des Kindes mit den Eltern bei Trennung und Scheidung	
I. Umgangsregelung: Hinweise aus dem Recht	248
1. Reichweite des Umgangsrechts	248
a) Kindeswohlschwelle	248
b) Bei Fremdunterbringung	249
c) Umgangsrecht: Sorgerecht	249
d) Grenze des Umgangsrechts	250
e) Umgangsverzicht	250
f) Verwirkung	250
g) Bezug zum Unterhalt	250
h) Einschränkung des Umgangsrechts	251
i) Für alle Kinder	251

j) Alter des Kindes	251
k) Kindeswille	251
2. Pflichten der Eltern beim Umgang	252
a) Pflicht, des hauptsächlich betreuenden Elternteils, den Umgang zu ermöglichen	252
b) Der getrennt lebende Elternteil hat die Pflicht, den Umgang wahrzunehmen	252
c) Keine Pflicht des Kindes	253
d) Kosten des Umgangs	253
3. Inhalt des Umgangsrechts	253
a) Art des Umgangs	254
b) Zweck des Umgangsrechts	254
4. Gerichtliche Regelung des Umgangs	254
a) Regelungskompetenz	254
b) Ablehnung einer Umgangsregelung	254
c) Verfahrensleitlinie	254
5. Gerichtliche Ausgestaltung des Umgangs	255
a) Individuelle Regelung	255
b) Konkrete Ausgestaltung	255
c) Anwesenheit dritter Personen beim Umgang	257
d) Umgang des Kindes mit dritten Personen	257
e) Bei Ausfall einer Umgangsregelung	257
f) Übernachtungen	258
g) Berücksichtigung umfangreicher Sport- und Freizeitaktivitäten des Kindes	258
h) Ferienregelung	258
i) Feiertagsregelung	260
j) Flüge für das Kind	260
6. Briefliche, telefonische und virtuelle Umgangskontakte	260
a) Verpflichtung des betreuenden Elternteils	260
b) Verpflichtung des Kindes	261
c) Erreichbarkeit der Eltern	261
d) Geschenke	261
e) Briefgeheimnis	261
7. Elternteil nimmt unabhängig von einer Umgangsregelung Kontakt mit dem Kind auf	261
8. Elternteil nimmt keinen Kontakt mit dem Kind auf	262
a) Keine durchsetzbare Verpflichtung	262
b) Gründe seitens des Elternteils	262
9. Umgang und Kindeswille	262
a) Rechtliche Vorgaben	262
b) Beachtlicher Kindeswille	263
c) Berücksichtigung eines ablehnenden Kindeswillens	263
d) Alternative Möglichkeiten zum Beziehungserhalt bei ablehnendem Kindeswillen	263
10. Gerichtliches Vorgehen bei Umgangskonflikten	264
a) Auflagen an die Eltern	264
b) Folgen bei Umgangsbehinderungen	265
c) Begleiteter, betreuter, beschützter Umgang	265
d) Begleiteter Umgang als Intervention	268
e) Begleiteter Umgang zur Aufrechterhaltung des Eltern Kind Kontaktes	268
11. Umgangsbeschränkung und Ausschluss des Umgangs	269
a) Rechtliche Vorgaben	269
b) Überprüfung Verhältnismäßigkeit	270
c) Zeitliche Begrenzung	270
d) Amtsermittlung	270
e) Kindeswohlschwelle im Hinblick auf Ausschluss des Umgangs	271
f) Hinweise aus der Rechtsprechung	271
g) Näherungsverbot zum Kind	276
h) Hinweise für den Sachverständigen	276
12. Sorgerechtliche Überprüfung	277
a) Einsetzung eines Ergänzungspflegers für die Ausgestaltung des Umgangs	277
b) Übertragung der elterlichen Sorge auf den anderen Elternteil	277
c) Entzug der elterlichen Sorge	278

13. Ordnungsmittel	278
a) Gegenüber dem betreuenden Elternteil	278
b) Zwangsmaßnahmen gegenüber dem betreuenden Elternteil	279
c) Gegenüber dem umgangsberechtigten Elternteil	279
d) Gegenüber dem Kind	279
14. Weitere Maßnahmen zum Schutz der Familie	279
a) Wohnungszuweisung	279
b) Annäherungs- und Kontaktverbot	279
c) Gewaltschutzgesetz	280
II. Abänderung einer Umgangsregelung	280
1. Rechtliche Vorgaben	280
a) Antrag	280
b) Kindeswohlschwelle	280
2. Hinweise aus der Rechtsprechung	281
a) Gründe, die eine Abänderung begründen können (Auswahl)	281
b) Gründe, die eine Abänderung nicht begründen	281
III. Hinweise aus der Psychologie/Scheidungsforschung für	
Betreuungs-/Umgangsregelungen	282
1. Ausgangslage bei Betreuungs-/Umgangskonflikten der Eltern	282
a) Anteil an der Betreuungszeit	282
b) Umgangshäufigkeit	282
c) Väter ziehen sich zurück	283
d) Gründe für Kontaktabbruch	283
2. Betreuungsregelungen aus Sicht der Scheidungsforschung	284
a) Kein Standard	284
b) Umgang und Kindeswohl	284
c) Faktoren, die eine Betreuungsregelungen für das Kind belasten	288
d) Möglichkeiten des Sachverständigen	289
e) Beratung und Hilfestellung	290
3. Umgangs- und Betreuungsregelungen bei Kindern von Geburt bis vier Jahren	290
a) Rechtliche Vorgaben	291
b) Betreuungsregelungen aus psychologischer Sicht	291
c) Hinweise für den Sachverständigen für die Erarbeitung einer Umgangsregelung	293
d) Aspekte für die Erarbeitung einer Betreuungsregelung	295
4. Umgangs- und Betreuungsregelungen bei Kindern von vier bis acht Jahren	296
a) Entwicklungspsychologische Ausgangslage	296
b) Mädchen und Jungen	297
c) Abstimmungsbedarf	297
d) Auffällige Reaktionen des Kindes	297
e) Aspekte für die Erarbeitung einer Betreuungsregelung	298
f) Betreuungsmodelle	299
5. Betreuungsregelung für Kinder ab späterer Kindheit	299
a) Entwicklungspsychologische Ausgangslage	299
b) Trennungsreaktion	299
c) Betreuungsmodell	300
d) Abstimmungsbedarf	301
6. Betreuungsregelung für Kinder ab der Pubertät	301
a) Entwicklungspsychologische Ausgangslage	301
b) Trennungsreaktion	301
7. Umgangsprobleme, Umgangsablehnung, Umgangsverweigerung seitens des Kindes	301
a) Gründe, die in der Trennungsgeschichte liegen	302
b) Neue Partner	303
c) Umgebungsvariablen	303
d) Verschiedene Wohnorte	303
e) Geschwister	303
f) Stieffamilie	303
g) Formale Gründe	304
8. Familiäre Gewalt	304
9. Aspekte bei Familien mit Migrationshintergrund	304

10. Hinweise für den Sachverständigen für sein Vorgehen bei Fragen zur	
Betreuungsregelung	304
a) Rechtliche Vorgaben	304
b) Voreinstellung	305
c) Abklärung von Belastungsfaktoren	305
d) Stütz- und Risikofaktoren	305
e) Abklärung der Ablehnungsgründe	305
f) Abklärung der Intensität der Ablehnung	306
g) Diagnostische Hinweise	306
h) Bewertung und Abwägung bei Umgangsverweigerung des Kindes	306
i) Hinweise für den Sachverständigen für Interventionsziele	307
11. Hinwirken auf Einvernehmen/Prozessorientiertes Vorgehen	308
a) Verständnis für die Eltern	309
b) Unterstützung des Kindes durch die Eltern	309
c) Konkrete Gestaltung des Umgangs	310
d) Geltung der gerichtlichen Umgangsregelung	311
e) Ratschläge des Sachverständigen zu Beginn der Begutachtung	311
f) Wiederherstellung des Eltern-Kind-Kontaktes	311
g) Kind möchte mehr Umgang	313
h) Weitere Interventionen	313
i) Fremduntergebrachtes Kind	314
12. Hinweise für den Sachverständigen für die Konkretisierung einer Betreuungsregelung	314
a) Standardisierte Betreuungsregelung	314
b) Zeitlich fixierte Betreuungsregelung	314
c) Ferienregelung	315
d) Besondere Ereignisse	317
e) Kindergarten- und Schulfeste	317
f) Kosten	318
g) Organisation der Übergaben	318
h) Telefonate	319
i) Eltern-Kind-Kontakt mit neuen Medien	320
j) Weitere Kontaktmöglichkeiten	321
k) Fahrten für die Kinder	322
l) Erkrankung des Kindes	323
m) Erkrankung des getrennt lebenden Elternteils	323
n) Bei Infektionsrisiken	323
o) Anwesenheit dritter Personen	324
p) Abstimmungsmöglichkeiten	324
13. Beantwortung der Fragestellung	324
a) Überprüfung der Fragestellung	324
b) Verbindlichkeit	325
c) Schiedsklausel	325
d) Empfehlung Beratung	325
14. Empfehlung Umgang einschränkende Empfehlungen	325
a) Reduzierung der Umgangshäufigkeit	325
b) Empfehlung Umgangspfleger	326
c) Empfehlung begleiteter Umgang	326
d) Empfehlung betreuter (unterstützender) Umgang	328
e) Empfehlung kontrollierte Kindesübergabe	329
f) Empfehlung Therapie für das Kind	329
g) Ausschluss des Umgangs	329
15. Empfehlung von Ordnungsmitteln	329
a) Keine wissenschaftliche Basis für Empfehlung	329
b) Ordnungsgeld	329
c) Ordnungshaft	330
16. Empfehlung Wechsel des Lebensschwerpunktes	330
a) Keine Bestrafung	330
b) Datengrundlage für Wechsel	331
c) Empfehlung für die Unterbringung des Kindes in einer Institution	331
d) Kontakt zum dann anderen Elternteil	332

17. Zusammenfassende Folgerung für den Sachverständigen bei erheblichen Umgangsschwierigkeiten	332
IV. Betreuungsmodelle und Wechselmodell	332
1. Betreuungsmodelle – Begrifflichkeiten	333
a) Betreuung unter 30 % der Betreuungszeit	333
b) Betreuung über 30 % der Betreuungszeit	333
c) Begrifflichkeit	333
2. Rechtliche Ausgangslage	334
a) Aufenthaltsbestimmungsrecht	334
b) Erweiterte Umgangsregelung	335
c) Kindeswohlschwellen	335
d) Kindeswohlprüfung	335
e) Kindeswohlprüfung bei Abänderung	335
f) Individuelle Regelung	336
3. Voraussetzungen für ein paritätisches Wechselmodell aus rechtlicher Sicht	336
a) Keine Voraussetzungen	336
b) Voraussetzung für ein Wechselmodell	336
4. Weitere rechtliche Folgen des paritätischen Wechselmodells	337
a) Alltagsentscheid	337
b) Unterhalt	338
c) Weitere finanzielle Folgen	338
d) Haftung	338
e) Bestimmung des Aufenthaltes	338
5. Einige Hinweise zur Häufigkeit des paritätischen Wechselmodells im internationalen Vergleich	339
6. Argumente für das Wechselmodell	339
a) Aus praktischer Sicht	339
b) Bei Elterneinigung	340
c) Bei Uneinigkeit der Eltern	340
d) Berufstätigkeit der Eltern	340
e) Freizeit	340
7. Wechselmodell und Kindeswohl	341
a) Wechselmodell und Scheidungsforschung	341
b) Folgen der Elterntrennung für das Kind	342
c) Kindeswille	345
d) Gleichwertigkeit, Gerechtigkeit und Fairness für die Eltern	345
8. Wechselmodell und Alter des Kindes	346
a) Säuglinge und Kleinkinder	346
b) Kindergartenalter	347
9. Wechselmodelle und Konfliktniveau	347
10. Hinweise für den Sachverständigen	348
a) Betreuung bis zur Trennung	348
b) Motive der Eltern	348
c) Hinweise für die Diagnostik	348
d) Hinweise für das Hinwirken auf Einvernehmen	350
e) Integrative psychologische Bewertung für die Erarbeitung eines Wechselmodells aus psychologischer Sicht	352
f) Folgen eines Wechselmodells ohne Zustimmung beider Eltern	353
g) Empfehlung des Wechselmodells und Hochkonflikt	353
V. Umgang des leiblichen, aber nicht rechtlichen Vaters	354
1. Ausgangslage	354
a) Umgang	354
b) Auskunftsanspruch	354
c) Umgangspflegschaft	354
d) Begleiteter Umgang	355
e) Recht des Kindes	355
f) Pflichten des biologischen Vaters	355
g) Vaterschaft	355

2. Voraussetzung für Umgang	355
a) Ernsthaftes Interesse	355
b) Vermutung für das ernsthafte Interesse	355
c) Keine Vermutung	356
3. Hinweise aus der Rechtsprechung	356
4. Hinweise für den Sachverständigen	356
a) Ernsthaftes Interesse	356
b) Familiäre Konstellationen	357
c) Motive	357
d) Psychologische Fragen im Hinblick auf Umgang	357
e) Identität	358
f) Hinwirken auf Einvernehmen	358
g) Beantwortung der Fragestellung	358
h) Auskunftsanspruch	359
VI. Umgang mit einem Elternteil, der sich in Haft befindet	359
1. Rechtliche Vorgaben	359
2. Hinweise für den Sachverständigen	360
a) Ausgangslage	360
b) Psychologische Fragen	361
c) Möglichkeiten des Umgangs in der Haftanstalt	361
d) Einbeziehung des Kindes	362
VII. Auskunftsanspruch	363
1. Rechtliche Vorgaben	363
a) Auskunftsanspruch	363
b) Wille des Kindes	364
c) Auskunftspflicht	365
d) Folgen für den betreuenden Elternteil	366
2. Hinweise für den Sachverständigen	366
G. Fragen zum Umgang des Kindes mit Bezugspersonen	
I. Umgang des Kindes mit Großeltern und Geschwistern	367
1. Rechtliche Vorgaben	367
a) Amtsverfahren	367
b) Dienlichkeit	367
c) Rechte und Pflichten der Großeltern/Geschwister	368
2. Ausgestaltung des Umgangs	369
a) Großeltern haben bereits Umgang	369
b) Rangfolge	369
c) Weitere Aspekte	369
d) Einschränkungen des Umgangs	370
II. Umgang des Kindes mit engen Bezugspersonen	371
1. Ausgangslage	371
2. Rechtliche Vorgaben	372
a) Voraussetzung: Dienlichkeit	372
b) Voraussetzung: Sozial-familiäre Beziehung	372
c) Definition	372
3. Bindungspersonen	373
a) Rechtliche Vorgaben	373
b) Erziehungskompetenz der Eltern	373
c) Umgangsregelung des Kindes mit Dritten	373
III. Hinweise für den Sachverständigen	374
1. Bedeutung der Verwandtschaft	374
2. Diagnostik	374
a) Aspekte der Beziehung	374
b) Motive der Bezugspersonen	374
c) Situation des Kindes	374

3. Bewertung im Hinblick auf das Kindeswohl	375
a) Psychologische Aspekte	375
b) Bewertung	375
c) Hinwirken auf Einvernehmen	375
d) Besuchsregelungen	376
e) Beratungsanspruch	376
IV. Umgang mit Haustieren	376
1. Rechtliche Vorgaben	377
2. Hinweise für den Sachverständigen	377

H. Fragen zu Kindeswohlgefährdung

I. Entzug der elterlichen Sorge	379
1. Rechtliche Vorgaben bei Verfahren nach § 1666 BGB	379
a) Inobhutnahme	379
b) Amtsverfahren	380
c) Amtsermittlung	380
d) Abwendung einer bestehenden Kindeswohlgefährdung	380
2. Kindeswohlgefährdung und gerichtliche Eingriffe ins Elternrecht	380
a) Wahrscheinlichkeit eines schweren Schadens	381
b) Zweistufige Prüfung	381
c) Grenzen des Eingriffs ins Elternrecht	382
d) Erforderlichkeit der gerichtlichen Maßnahme	382
e) Eignung der gerichtlichen Maßnahme	383
f) Für jedes Geschwisterkind	383
g) Umfang der Hilfsmaßnahmen	383
3. Gefährdungsprüfung und sorgerechtliche Maßnahmen	383
a) Gefährdungsprüfung bei zusammenlebenden Eltern	383
b) Gefährdungsprüfung bei getrennt lebenden Eltern	384
c) Gefährdung durch dritte Personen	384
d) Nach der Geburt des Kindes	384
e) Verschulden	385
f) Gerichtliche Maßnahmen des § 1666 BGB Abs. 3 BGB	385
g) Überprüfungspflicht des Gerichts ohne Eingriff in das Sorgerecht	386
h) (Teil-)Entzug der elterlichen Sorge	386
i) Elternrecht und Trennung des Kindes von den Eltern	388
j) Elternrecht bei freiwilliger Unterbringung des Kindes bei Dritten	389
k) Weitere Rechtsfolgen	389
l) Weitere mögliche gerichtliche Verfahren	389
m) Ergänzungspfleger oder Vormund	389
n) Änderung und Aufhebung einer gerichtlich ergangenen Entscheidung	391
o) Gründe, die Eingriffe nach § 1666 BGB nicht rechtfertigen	392
p) Gründe, die Eingriffe nach § 1666 BGB rechtfertigen	394
q) § 1666 BGB und medizinische Versorgung	396
r) Schulbesuch	396
s) Hinwirken auf Einvernehmen	396
4. Hinweise für den Sachverständigen	396
a) Aspekte der Kindeswohlgefährdung	396
b) Vernachlässigung	397
c) Physische Ebene (körperliche) Vernachlässigung	397
d) Physischer/emotionaler/seelischer Missbrauch	397
e) Körperlicher Missbrauch/Misshandlung	399
f) (Sexueller) Missbrauch	399
g) Das Kind im Stich lassen und es sich selbst überlassen	400
h) Verletzung der Aufsichtspflicht	400
i) Münchhausen-by-Proxy	400
j) Fehlende elterliche Kompetenz bei Störungen im Kindes- und Jugendalter	400
k) Autonomiekonflikte Jugendlicher	400
l) Risikofaktoren	401
m) Schutzfaktoren	403

n) Anforderungen an den Sachverständigen	403
o) Datenerhebung	404
p) Folgen einer Kindeswohlgefährdung	406
q) Folgen von Vernachlässigung	407
r) Einschätzung des Vernachlässigungsrisikos	407
s) Einschätzung des Misshandlungsrisikos	408
t) Einschätzung des sexuellen Missbrauches	408
u) Einschätzung von Autonomiekonflikten Jugendlicher	408
v) Einschätzung des Missbrauchsrisikos	408
w) Einschätzung der Kindeswohlgefährdung	408
x) Vorüberlegungen zur Beantwortung der Fragestellung	410
y) Beantwortung der gerichtlichen Frage	415
z) Hinweise zu besonderen Fragestellungen	417
z.1) Umgang nach Herausnahme des Kindes	418
z.2) Beratungsempfehlung nach der Begutachtung	418
z.3) Zusammenfassung für den Sachverständigen	418
5. Einzelne Aspekte, die eine Kindeswohlgefährdung begründen können	419
a) Aufsichtspflicht	419
b) Weibliche Beschneidung (Genitalverstümmelung)	419
c) Männliche Beschneidung	420
d) Medizinische Versorgung	421
e) Kindergartenbesuch	424
f) Schulbesuch	424
g) Medienkonsum	427
h) Veröffentlichungen von Fotos des Kindes im Netz	429
i) Weitere Bereiche	430
II. Fragen zu elterlicher Sorge beim fremduntergebrachten Kind	430
1. Das Pflegeverhältnis	431
a) Voraussetzung	431
b) Bereitschaftspflege	431
c) Verwandtschaftspflege	431
d) Fremdpflege	432
e) Unterschiede Fremdpflege – Verwandtenpflege	432
f) Dauer des Pflegeverhältnisses	432
g) Elterliche Sorge und Pflegeverhältnis	433
2. Rechtliche Vorgaben bei Herausnahme des Kindes aus der Pflegestelle	435
a) Rechtliche Vorgaben, wenn das Kind freiwillig in die Pflege gegeben wurde	435
b) Möglichkeiten der Pflegeeltern, eine Rückführung durch eine Verbleibensanordnung zu verhindern	435
c) Inhalt und Zweck der Verbleibensanordnung	436
d) Hinweise aus der Rechtsprechung	437
e) Herausgabeanspruch der Pflegeeltern	438
f) Umgangsrecht der Pflegeeltern	439
3. Rückführung des Kindes	439
a) Gefährdungsprüfung bei Rückführung	439
b) Kindeswohlschwelle bei der Herausgabe und Rückführung des Kindes an die Großeltern/Verwandte	441
c) Kindeswohlschwelle bei der Herausgabe und Rückführung des Kindes in eine Adoptionsfamilie	441
d) Kindeswohlschwelle bei der Herausgabe des Kindes zu anderen Pflegeeltern	441
e) Verweigerung der Rückführung durch das Jugendamt	441
4. Hinweise für den Sachverständigen	442
a) Formale Ausgangslage	442
b) Inhaltliche Ausgangslage	442
c) Hinweise für das Vorgehen	442
d) Kindeswohlbelastungen durch die Pflegestellen	445
e) Hinwirken auf Einvernehmen	446
f) Einbezug des Jugendamtes	447
g) Rückführung zu den Großeltern	447

h) Hinweise für die Gefährdungseinschätzung bei Rückführung	447
i) Prognose	448
j) Beantwortung der gerichtlichen Frage	448
III. Umgang des fremduntergebrachten Kindes mit den Eltern	449
1. Rechtliche Vorgaben	449
a) Zweck des Umgangs	449
b) Wohlverhaltenspflicht für Pflegeeltern	450
c) Formale Aspekte	450
d) Wohlverhaltensklausel für Eltern	450
e) Einschränkung des Umgangs	450
f) Ausschluss des Umgangs	451
g) Gerichtliche Regelung des Umgangs	451
h) Auskunftsanspruch	451
2. Hinweise für den Sachverständigen	451
a) Ziel des Umgangs	452
b) Pflegefamilienkonzept	452
c) Ausgangslage der Kinder	453
d) Kindeswille	453
e) Anforderungen an die Bezugspersonen	454
f) Hinwirken auf Einvernehmen	455
g) Umgangsgestaltungen bei Pflegeverhältnissen	456
h) Umgangsgestaltungen bei Heimkindern	457
IV. Fragen zu Missbrauchserfahrungen	458
1. Verfahrensrechtlicher Aspekt	458
a) Bei vagem Anfangsverdacht	458
b) Bei begründeten Anfangsverdacht	459
c) Keine verdeckte Ermittlung	459
d) Zwei Sachverständige	459
e) Reihenfolge der Begutachtungen	459
f) Bei unklarer Beweislage	460
g) Psychophysiologische Begutachtung/Lügendetektor	460
h) Verwertung des familiengerichtlichen Gutachtens im Strafverfahren	460
2. Aussagepsychologische Begutachtung	460
a) Verbindliche Standards	460
b) Methode der aussagepsychologischen Begutachtung	461
3. Hinweise für den Sachverständigen	461
a) Aussagetüchtigkeit	461
b) Hypothesenbildung	463
c) Datenerhebung	463
d) Aussagequalität	464
e) Aussagezuverlässigkeit und weitere Analysen	465
f) Grenzen der aussagepsychologischen Begutachtung	465
g) Weitere familienpsychologische Abschätzungen	466
h) Sachverständige Empfehlung	466
V. Freiheitsentziehende Unterbringung eines Minderjährigen	467
1. Rechtliche Vorgaben	467
a) Elterliche Sorge	467
b) Gerichtliche Genehmigung	467
c) Vorläufige Unterbringung	468
d) Eingriffsschwelle	468
e) Freiheitsentziehung	468
f) Keine Freiheitsentziehung	469
g) Geschlossene Unterbringung	470
h) Nur Schutz des Jugendlichen, nicht Dritter	470
2. Hinweise für den Sachverständigen	470

I. Eltern unterschiedlicher Nationalität

I. Aufenthaltsfragen	471
1. Aufenthaltsberechtigung	471
a) Rechte aus der Beziehung zum Kind	472
b) Voraussetzungen	472
c) Keine Abschiebungsgründe	473
d) Kein Abschiebehindernis	473
e) Kindesentzug	473
2. Hinweis für den Sachverständigen	473
a) Kindeswohl nicht Aufenthaltsfragen	473
b) Weitere Information für den Sachverständigen	474
II. Ausländerrecht und Familienrecht	474
1. Zuständigkeit	474
2. Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit	474
3. Grenzen	474
a) Rechtsempfinden	474
b) Kindeswohl	475
III. Rückführung eines Kindes nach dem Haager Übereinkommen	475
1. Rechtliche Vorgaben	475
2. Kindeswille	476
a) Alter des Kindes	476
b) Ermittlung des Kindeswillens	476
3. Folgen bei Verweigerung der Rückführung	476
4. Gründe, die eine Rückführung verhindern	477
5. Sachverständigengutachten	477
IV. Hinweise für den Sachverständigen	477
1. Besondere Kenntnisse	477
a) Voreinstellung des Sachverständigen	478
b) Notwendiges Hintergrundwissen	480
c) Akkulturation und Integration	481
2. Aspekte beim Vorgehen des Sachverständigen	484
a) Sprachliche Aspekte	484
b) Gesprächsführung mit den Eltern	484
c) Gesprächsinhalte	484
d) Beobachtung der Eltern-Kind-Beziehung	485
e) Soziale Unterstützung	485
f) Gespräch mit dem Kind	485
g) Aspekte beim Hinwirken auf Einvernehmen	485
h) Aspekte, die im Konflikt zur Integration stehen können	486
3. Einige Hinweise auf Besonderheiten unterschiedlicher Kulturen	486
a) Besonderheiten bei Mitbürgern aus islamisch orientierten Staaten	486
b) Besonderheiten bei jüdischen Mitbürgern	487
c) Hinweise bei Roma- und Sinti-Familien	487
4. Binationale Familien	488
a) Ausgangslage	488
b) Identität	488
c) Sprachkenntnisse	489
5. Entziehungsbefürchtung	489
a) Ausgangslage	489
b) Möglichkeiten der Verhinderung	490
c) Hinweise für eine Entziehung	491
d) Auswanderung	492

J. Aspekte des Kindeswohls

I. Handlungsleitende Kriterien	493
1. Kindeswohl	493
a) Begriff	493

b) Kindeswohl und psychologische Fragen	494
c) Alltagspsychologische Vorannahmen/Überzeugungen	494
d) Kindeswohl und Bedürfnisse des Kindes	495
e) Risiko- und Stützfactoren	495
2. Psychologische Kriterien	496
a) Wissen für den Einzelfall	496
b) Wechselwirkung der Faktoren	496
c) Bewertung der Kriterien	497
3. Hinweise für den Sachverständigen	497
II. Aspekte auf Seiten der Eltern	497
1. Alter und Elternschaft	498
a) Späte Elternschaft	498
b) Ausgangslage	499
c) Junge Eltern	499
d) Hinweise für den Sachverständigen	499
2. Alternative Elternschaften	499
a) Reproduktionsmedizin	499
b) Coparenting	501
c) Hinweise für den Sachverständigen	502
3. Patchworkfamilien	502
a) Situation der Stiefeltern	503
b) Komplexe Stieffamilien/Patchworkfamilie	503
c) Stiefgeschwisterbeziehung	503
4. Bereitschaft, elterliche Verantwortung zu übernehmen	503
a) Verantwortungsübernahme/Mental load	503
b) Betreuung allgemein	504
c) Beibehaltung des Betreuungsmodells	504
d) Finanzielle Motive	505
e) Weitere Motive	505
f) Vermögensnachfolge	505
g) Hinweise für den Sachverständigen	505
5. Betreuungs- und Versorgungsmöglichkeiten	506
a) Berufstätigkeit	506
b) Fremdbetreuung	507
c) Betreuung von Säuglingen	508
d) Betreuung und Erziehung von behinderten Kindern	508
e) Ökonomische Situation	509
f) Wohnverhältnisse	509
6. Erziehung des Kindes	510
a) Rechtliche Vorgaben	510
b) Erziehungsfähigkeit	511
c) Erziehungsstil	512
d) Erziehungsziel	513
e) Erziehungsmethoden/-verhalten	515
f) Förderkompetenz/Erziehungskompetenz	519
7. Religiös oder weltanschaulich geprägte Erziehung	523
a) Rechtliche Vorgaben	523
b) Hinweise aus der Rechtsprechung	525
c) Hinweise zu Religionsgemeinschaften	525
d) Hinweise zu weltanschaulich motivierter Erziehung	526
e) Hinweise für den Sachverständigen	527
8. Erziehungskompetenz und normabweichende Sexualität	530
a) Ausgangslage	530
b) Sexuelle Orientierung	530
c) Konsum von Pornographie	530
d) Konsum von Kinderpornographie	531
e) Pädophilie	532
f) Sexueller Missbrauch durch Frauen	535
g) Hinweise für den Sachverständigen für ein Schutzkonzept	536

h) Transvestismus	537
i) LSBTIQ (Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Intersexuell, Transgender, Queer)	537
j) Homosexualität	537
III. Erkrankung bzw. Behinderung der Eltern	540
1. Aufgabe des Sachverständigen	541
a) Haltung	541
b) Abgestuftes Vorgehen	541
c) Situation des Kindes	542
d) Testdiagnostik der Eltern	543
e) Behandlung	544
2. Krankheitsbild Psychosen	544
a) Schizophrene Psychosen	544
b) Affektive Psychosen	545
c) Schizoaffective Psychosen	547
d) Beurteilung der schizoaffectiven oder bipolaren Psychosen im Hinblick auf Erziehungsfähigkeit	547
e) Beurteilung der wahnhaften und psychotischen Störungen im Hinblick auf Erziehungsfähigkeit	548
3. Suizidalität	550
a) Begriffliche Klärung	550
b) Methoden	550
c) Ursachen	551
d) Ankündigung	551
e) Erweiterter Suizid	551
f) Bei Jugendlichen	551
g) Hinweise für den Sachverständigen	552
4. Persönlichkeitsstörungen	553
a) Definition	553
b) Rhapsodische Persönlichkeit	554
c) Narzisstische Persönlichkeitsstörung	554
d) Dissoziale (antisoziale) Persönlichkeitsstörung. (Soziopath)	555
e) Paranoide (querulatorische) Persönlichkeitsstörung	556
f) Dependente/abhängige Persönlichkeitsstörung	556
g) Schizoide Persönlichkeitsstörung	556
h) Borderline-Störung	557
i) Münchhausen-Syndrom (pathologisches Lügen)	558
j) Messie-Syndrom	560
5. Neurosen	561
a) Angstneurosen	561
b) Phobien	561
c) Zwangsneurosen	562
d) Depressive Neurosen und depressive (Konflikt-)Reaktionen	562
e) Anpassungsstörungen	563
6. Sucht	563
a) Abhängigkeit: Definition	564
b) Ausgewählte Pathologien	564
c) Drogenabhängigkeit	566
d) Medikamentenabhängigkeit	569
e) Amphetamine, Crystal, Spice	569
f) Cannabis	570
g) Alkoholabhängigkeit	571
h) Co-Abhängigkeit	576
7. Intelligenzminderungen	577
a) Ausgangslage	577
b) Begriff	578
c) Diagnostik	578
d) Abstufung	578
e) Bewertung	578

8. Neurologische Erkrankungen	578
a) Schädel-Hirn-Traumen	578
b) Cerebrale Anfallsleiden (Epilepsien)	579
c) Multiple Sklerose	581
d) Krankheitsbild Dystonien	581
e) Demenzerkrankung	581
9. Ausgewählte Krankheitsbilder des internistischen Fachgebietes	581
a) Auswirkungen auf das Kind	582
b) Tumorerkrankungen	582
c) Dialyse	583
d) Stoffwechselerkrankungen	583
e) HIV und Hepatitis	583
10. Behinderung	583
a) Hörgeschädigte	583
b) Hinweise für den Sachverständigen	585
IV. Aspekte auf Seiten des Kindes	585
1. Kindeswille	585
a) Rechtliche Vorgaben	586
b) Hinweise aus der Rechtsprechung	586
c) Aspekte des Willens im Hinblick auf sorgerechtliche Entscheidungen	587
d) Beachtlicher Wille	589
e) Nicht beachtlicher Wille	589
f) Grenzfälle	590
g) Beachtung des Kindeswillens und Kindeswohls	590
h) Wille und Bindung	590
i) Hinweise für den Sachverständigen	591
2. Kontinuität und Stabilität	593
a) Rechtliche Vorgaben	593
b) Begriff	593
c) Kontinuität und Kindeswohl	593
d) Veränderung	594
e) Bedeutung	594
f) Hinweise für den Sachverständigen	594
V. Störungen im Kindes- und Jugendalter und Erziehungsbedarf	596
1. Ausgangslage	597
a) Häufigkeit	597
b) Hinweise für den Sachverständigen	598
2. Persönlichkeitsentwicklungsstörungen	599
a) Beschreibung	599
b) Interventionen	599
3. Trauma	599
a) Beschreibung	600
b) Hinweise für den Sachverständigen	602
4. Das Schütteltrauma-Syndrom	603
a) Beschreibung	604
b) Risikofaktoren	605
c) Täter	606
d) Knochenbrüche	606
e) Hinweise für den Sachverständigen	606
5. Einnässen/Enuresis	608
a) Beschreibung	608
b) Hinweise für den Sachverständigen	608
6. Aufmerksamkeits-Defizit-(Hyperaktivitäts)-Syndrom	608
a) Beschreibung	609
b) Hinweise für den Sachverständigen	610
7. Autismuspektrumsstörung	611
a) Beschreibung	611
b) Hinweise für den Sachverständigen	612

8. Fetales Alkoholsyndrom (FAS)	613
a) Beschreibung	613
b) Diagnose	613
c) Auswirkung	614
9. Schulverweigerung	614
a) Schulangst	615
b) Schulphobie	615
c) Schulschwänzen	615
d) Schulverweigerung	615
e) Hinweise für den Sachverständigen	616
10. Straftaten	616
a) Ursachen	616
b) Hinweise für den Sachverständigen	617
11. Gewalt von Kindern und Jugendlichen	617
a) Gewalt	617
b) Bullying/Mobbing/Sexting	617
12. Weglaufen	618
a) Beschreibung	619
b) Hinweise für den Sachverständigen	619
13. Substanzbezogene Störungen	619
14. Exzessive Nutzung digitaler Medien	619
a) Beschreibung	620
b) Ursachen	620
c) Folgen	620
d) Hinweise für den Sachverständigen	621
15. Adipositas	622
16. Chronische Erkrankungen, Diabetes	622
17. Erkrankungen/Behinderung	623
VI. Aspekte der Elterntrennung	623
1. Elterntrennung	624
a) Ausgangslage	624
b) Emotionale Ausgangslage der Eltern	627
c) Trennungsprozess	628
2. Familiärer Konflikt	629
a) Destruktiver Konflikt	629
b) Eskalationsstufen	629
c) Hochkonflikt	630
3. Befinden des Kindes und destruktiver Paarkonflikt	632
a) Auswirkungen auf das Kind	632
b) Hinweise für den Sachverständigen	633
VII. Aspekte der Elternbeziehung	634
1. Koalitionsdruck	634
2. Bindungs- und Beziehungstoleranz	635
a) Rechtliche Vorgaben	635
b) Definition	635
c) Folgen bei Bindungsintoleranz	635
d) Hinweise aus der Psychologie	636
e) Hinweise für den Sachverständigen	637
3. Kooperationsbereitschaft	639
a) Rechtliche Vorgaben	639
b) Begriffliche Klärung	639
c) Hinweise für den Sachverständigen	640
4. Gate-Keeping	642
a) Rolle der Mutter	643
b) Variablen, die den Zugang zum Kind bestimmen	643
c) Misstrauen	643
d) Kompetenz des getrennt lebenden Elternteils	643
5. Co-Parenting (gemeinsam ausgeübte Elternverantwortung)	644
a) Begriff Co-Parenting	644

b) Hinweise für den Sachverständigen	645
6. PAS (Parental Alienation Syndrome)	645
a) Beschreibung	646
b) Bewertung	646
c) Hinweise für den Sachverständigen	646
VIII. Aspekte der Familienbeziehung	647
1. Beziehungen	647
a) Eltern-Kind-Beziehung	647
b) Hauptbezugsperson	648
c) Verwandtschaftsbeziehung	648
d) Beziehungen zu Dritten	648
e) Beziehungen zu Peer-Gruppen	649
f) Hinweise für den Sachverständigen	649
g) Geschwisterbeziehung	650
h) Stiefelternbeziehung	653
i) Stiefgeschwister	655
j) Großelternbeziehung	655
2. Bindung	656
a) Rechtliche Vorgaben	657
b) Begriffliche Klärung	657
c) Forschungsstand	658
d) Bindungsentwicklung	659
e) Bindungshierarchie	659
f) Bindungsdiagnostik	660
g) Bewertung der Bindung	661
h) Zuverlässigkeit der diagnostischen Verfahren	664
i) Gewichtung der Bindungsqualitäten	664
j) Hinweise für den Sachverständigen	664
3. Bonding	666
4. Gewalt	667
a) Ausgangslage	667
b) Rechtliche Vorgaben	668
c) Hinweise aus der Rechtsprechung	669
d) Arten von Gewalt	670
e) Gewalt gegen Kinder	672
f) Miterlebte familiäre Gewalt	673
g) Umgang mit gewaltbereitem Elternteil	674
h) Gewalt im Namen der Ehre	675
i) Stalking	675
j) Hinweise für den Sachverständigen	676
5. Verdacht auf sexuellen Missbrauch	682
a) Ausgangslage	682
b) Begriffliche Klärung	682
c) Folgen	683
d) Bewertung	684
e) Falschaussagen von Kindern	686
f) Situation des betreuenden Elternteils	688
g) Hinweise für den Sachverständigen	688

K. Sachverständiges Handeln

I. Methoden	691
1. Zulässigkeit von psychodiagnostischen Verfahren	691
a) Gesetzliche Vorgaben	691
b) Rechtsprechung bezüglich des Einsatzes von diagnostischen Verfahren	692
c) Anforderung für die Zulässigkeit	692
d) Verletzungsfolgen	693
2. Allgemeine Standards	693
a) Keine gesetzlich verbindlichen Standards	693
b) Fachliche Standards	693

c) Datenbasis	693
d) Wissenschaftlichkeit	693
3. Hinwirken auf Einvernehmen	694
4. Auswahl der Methoden	694
a) Fachliche Anforderungen	694
b) Rechte der Betroffenen	695
c) Test als Hilfsmittel	696
5. Prozessdiagnostik	697
6. Multimodales Vorgehen	697
7. Test und Testgütekriterien	698
a) Objektive Messverfahren versus Qualitative Daten	698
b) Fragebogenverfahren	699
8. Psychologische Testverfahren bei Erwachsenen	699
a) Tests in Vorgutachten	699
b) Persönlichkeitsdiagnostik	699
c) Projektive Testverfahren	700
9. Testdiagnostik beim Kind	702
a) Projektive Testverfahren beim Kind	702
b) Entwicklungs- und Persönlichkeitstests beim Kind	703
10. Verhaltensbeobachtung	703
a) Einschränkungen	704
b) Arten der Verhaltensbeobachtung	704
c) Bewertung	705
II. Hinweise für den Ablauf einer Begutachtung	705
1. Kontaktaufnahme	705
a) Anschreiben	705
b) Terminvereinbarung	706
c) Eltern/Betroffene melden sich nicht	707
2. Untersuchungsplanung	708
a) Begriff	708
b) Hypothesen	708
c) Überprüfung und Reformulierung der juristischen Frage in psychologische Fragen	709
3. Aktenanalyse	710
a) Aktenzuleitung	710
b) Standards	710
c) Aktenanalyse	710
4. Das diagnostische Gespräch/Exploration	711
a) Begriffsklärung	712
b) Aufklärung	712
c) Schaffung einer Beziehung	712
d) Dauer und Häufigkeit	713
e) Per Telefon und Skype, Zoom ua	713
f) Fehlerquellen	713
g) Zulässigkeit von Fragen	713
h) Schweigepflicht	714
i) Gesprächsführung	714
j) Frage nach häuslicher Gewalt	716
k) Nicht strittige Bereiche	716
l) Rückmeldung	717
m) Gesprächsführung mit psychisch kranken Eltern	717
n) Umgang mit „schwierigen Beteiligten“	717
o) Protokollierung	718
p) Auswertung	719
q) Weiteres hypothesenorientiertes Vorgehen	719
r) Rahmenbedingungen	719
5. Ausgewählte Testverfahren und Fragebögen zur Erfassung der Elternkompetenz	720
a) Erfassung der Elternkompetenz	720
b) Kindeswohlgefährdung	720

6. Gespräch mit dem Kind	721
a) Sinn und Zweck	721
b) Untersuchungsplanung	721
c) Teilnahme einer Vertrauensperson	723
d) Abbruch	723
e) Schwierigkeiten	723
f) Mitwirkungsbereitschaft	723
g) Gespräch	724
7. Diagnostik der Eltern-Kind-Beziehung	728
8. Ausgewählte Testverfahren und Fragebögen zur Erfassung der Eltern-Kind-Beziehung	729
a) Maßgeschneiderte Testverfahren	729
b) Projektive Verfahren	729
9. Interaktionsbeobachtung	730
a) Freie Interaktionsbeobachtung	730
b) Rahmenbedingungen	731
c) Verhaltensbeobachtung mit mehreren Personen	731
d) Auswahl der Methoden	732
e) Auswertung	732
f) Interpretation	732
g) Bindungsdiagnostik	732
h) Umgangsfragen	733
i) Dokumentation	733
j) Nach der Beobachtung	733
10. Hausbesuch	733
a) Hinweise aus der Rechtsprechung	734
b) Einverständnis der Betroffenen	734
c) Wissenschaftlichkeit	735
d) Zweck	735
e) Hausbesuch angezeigt	735
f) Besuch im Heim und/oder der Pflegeeltern	735
g) Hindernisse	735
h) Bewertung	736
i) Dokumentation	737
11. Gemeinsames Gespräch	737
a) Anlass	737
b) Untersuchungsplanung	738
c) Mitwirkung	738
d) Organisation	738
e) Dokumentation	738
f) Hochkonflikt und Gewalt	739
12. Kommunikation mit Dritten	739
a) Familienmitglieder und Bezugspersonen des Kindes	739
b) Fachpersonen	739
13. Sachverständige Tätigkeit nach Verfahrensende	740
14. Fallübergreifende Kooperation der Sachverständigen vor Ort	740
III. Hinwirken auf Einvernehmen	741
1. Ausgangslage	741
a) Vorteile des Hinwirkens auf Einvernehmen durch den familienpsychologischen Sachverständigen	741
b) Spezifische Methode	741
2. Abgrenzung: Sachverständiger, Therapie, Beratung	742
a) Keine Heilkunde	742
b) Auftraggeber Gericht	742
c) Vorgegebene Inhalte	743
d) Kein Schweigerecht	743
e) Einzelperson	743
f) Kontakthäufigkeit	743
g) Keine Grundlage für eine gerichtliche Entscheidung	743
h) Eingeschränkte Freiwilligkeit	743

3. Abgrenzung: Sachverständiger, Mediation	743
a) Eingangsvoraussetzung	744
b) Diagnostik	744
c) Bewertung	744
d) Einbeziehung des Kindes	744
e) Weniger verbindlich	744
f) Konfliktbereiche	744
g) Gerichtliche Entscheidung	744
h) Kosten und Bezahlung durch das Gericht	745
4. Hinwirken auf Einvernehmen und Kindeswohl	745
a) Zielvorgabe	745
b) Wissenschaft	746
c) Fachliche Kompetenz	746
5. Begutachtung und Intervention	746
a) Begutachtung ist Intervention	747
b) Definition Hinwirken auf Einvernehmen	747
c) Grenzen des Hinwirkens auf Einvernehmen	748
6. Intervention ohne Diagnostik	749
a) Diagnostik ist Informationsgewinnung	749
b) Rechtsprechung	750
c) Hinweise für den Sachverständigen	750
7. Reihenfolge von Intervention und Begutachtung	750
a) Verflechtung	750
b) Fehlende Transparenz	750
c) Intervention außerhalb des Gutachtensauftrages	751
8. Prozessdiagnostik/Hinwirken auf Einvernehmen	751
a) Hinwirken auf Einvernehmen	751
b) Prozessdiagnostik	751
9. Rahmenbedingungen beim Hinwirken auf Einvernehmen	752
a) Anforderung an die Professionalität	752
b) Autonomie der Eltern	752
c) Kein geschützter Rahmen	753
d) Beachtung der Freiwilligkeit	753
e) Transparenz und Nachvollziehbarkeit	753
f) Einverständnis	753
g) Haltung des Sachverständigen beim gemeinsamen Gespräch mit den Eltern	754
h) Beratung über die juristischen Gestaltungsmöglichkeiten	754
i) Begrifflichkeiten	754
j) Verstehen des Konflikts	754
k) Beratung über Entwicklung des Kindes, Scheidungsforschung und Auswirkungen von Betreuungsregelungen auf das Kind	755
l) Hilfen bei der Aufklärung des Kindes über Trennung und Scheidung	755
m) Neue Medien	755
n) Abschluss von Vereinbarungen	755
o) Dauer	756
p) Orientierung am Kindeswohl und nicht an anderen Scheidungs- und Trennungsfolgen	756
q) Sachverständige Intervention nach Verfahrensende	756
r) Kosten	757

L. Schriftliche Ausführungen

I. Schriftliches Gutachten	759
1. Gestaltung	759
a) Begriff	759
b) Rechtliche Vorgaben	759
c) Fachliche Standards für die Gestaltung	760
d) Psychologische Fragen/Hypothesen	762
2. Darstellung der Untersuchungsergebnisse	762
a) Darstellung des Akteninhalts	762

b) Darstellung der Untersuchungsergebnisse	763
c) Darstellung der Gespräche	763
d) Darstellung von Testverfahren	764
e) Darstellung des Befunds	765
f) Darstellung der Beantwortung der Fragestellung	765
g) Prognose	769
h) Darstellung der Zusammenfassung	770
i) Literaturangaben	770
3. Inhaltliche Aspekte	770
a) Gefährdung durch das Gutachten	770
b) Befriedungszweck	770
c) Sprachliche Gestaltung des Gutachtens	772
d) Hinweis für den Sachverständigen	772
e) Kontrolle des schriftlichen Gutachtens	773
f) Übermittlung an das Gericht	773
II. Alternative schriftliche Ausführungen	773
1. Kurzgutachten	774
2. Stellungnahme	774
3. Ergebnisprotokoll	774
a) Inhalt	774
b) Keine Rechtsverbindlichkeit	775
4. Bericht	775
5. Mündliche Erläuterung	775
6. Stellungnahme zu Schriftsätzen	775
M. Teilnahme am Gerichtstermin	
I. Verfahrensvorschriften für das mündliche Gutachten	777
1. Mündliches Gutachten	777
2. Förmliche Anhörung	777
a) Recht der Beteiligten	777
b) Rechte und Pflichten des Sachverständigen	778
c) Aufgaben des Sachverständigen	779
3. Formlose Anhörung	779
a) Anlass für formlose Anhörung, wenn Beteiligte nicht mitwirken	779
b) Teilnahme am ersten Termin	779
c) Zwischenentscheidungen	779
d) Lösungen erarbeiten	780
4. Anhörung zur Frage der Befangenheit	780
II. Verpflichtungen des Sachverständigen	780
1. Verpflichtungen durch die Ladung	780
a) Folgen einer Ladung	780
2. Verpflichtung bei der Erläuterung des Gutachtens	781
a) Nach bestem Wissen und Gewissen	781
b) Neue Bewertung	782
III. Beeidigung des Sachverständigen	782
1. Verfahrensvorschriften	782
a) Anlass für Beeidigung	782
b) Öffentlich vereidigter Sachverständiger	782
c) Bedeutung des Eides	782
d) Akt der Vereidigung	783
e) Reichweite des Eides	783
2. Folgen der Beeidigung	783
IV. Hinweise für den Sachverständigen	783
1. Verhalten vor der Verhandlung	783
a) Zeitvorgaben	783
b) Sitzungsraum	783
c) Äußeres	783

d) Verhalten auf dem Gerichtsflur	783
2. Ablauf der mündlichen Verhandlung	784
a) Sitzordnung	784
b) Etikette	784
c) Kindesanhörung	784
d) Eröffnung der Sitzung	784
e) Anhörung des Sachverständigen	785
f) Protokollierung	785
3. Verhalten des Sachverständigen bei der förmlichen Anhörung	786
a) Unterlagen	786
b) Gutachtenerstattung	786
c) Fragen der Beteiligten	786
d) Gesprächsführung	787
e) Umfang der Antworten	787
f) Verweis auf Gültigkeit der Empfehlung	787
g) Hypothetische Fragen	788
h) Fragen des Sachverständigen	788
4. Verhalten des Sachverständigen bei der formlosen Anhörung	788
a) Ablauf	788
b) Alternatives Setting	788
c) Vorbereitende Schriftsätze	788
5. Verhalten nach der Entlassung	789
a) Entlassungszeitpunkt	789
b) Vergütungsbogen	789
c) Verabschiedung	789
d) Verhalten auf dem Gerichtsflur	789
e) Rückmeldung über eigenes Verhalten	789
f) Antrag auf Vergütung	789
N. Qualitätssicherung	
I. Gutachtenrichtlinien	791
II. Qualifizierung	792
1. Fort- und Weiterbildung	792
a) Fachpsychologe für Rechtspsychologie	792
b) Listung in den Psychotherapeutenkammern	792
c) Fortbildung	792
2. Zusammenwirken von Sachverständigen	793
a) Fachteam	793
b) Supervision	793
c) Gegenlesen des Gutachtens	793
3. Qualitätskontrolle	793
a) Organisation	793
b) Prüfungskommissionen	794
c) Bestellungsorgane	794
d) Ehrengericht	794
e) Zertifizierung	794
4. Überprüfung des Gutachtens	794
a) Checklisten	794
b) Peer-Reviewverfahren	794
c) Fachartikel	795
5. Mündliche Verhandlung	795
6. Rechtsprechung	795
7. Interessenvertretungen	796
8. Standards für Testverfahren	796
9. Familienrechtspsychologisches Fachwissen	796
a) Erwartungen an die Forschung und Lehre	796
b) Rezeption: Scheidungsforschung	797
c) Katamnestiche Untersuchungen	797
10. Fort- und Weiterbildung von Juristen	798

11. Arbeitskreise	798
a) Verständnis für die andere Berufsgruppe	798
b) Transparenz	798
c) Anwälte	798
d) Andere Berufsgruppen	798
III. Zukunft	799
Sachregister	801





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG